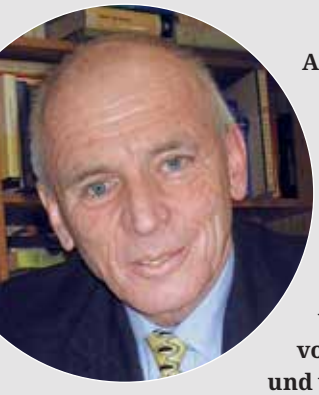
Gegen das Staatswachstum



Allgemein bekannt ist das Parkinson'sche Gesetz, das ein unaufhaltsames Wachstum etablierter Bürokratien voraussagt: Die öffentliche Verwaltung wächst unabhängig vom Arbeitsaufwand und von der angeblich personalsparenden Informationstechnologie.

Weniger bekannt sind das Wagner'sche Gesetz der wachsenden Staatsausgaben und der ebenfalls weltweit zu beobachtende Trend zur Zentralisierung als Flucht aus der lokalen Verantwortung: Man zentralisiert die Kosten, will aber die politisch attraktive Verteilung und Umverteilung in der Hand behalten.

Alle drei Trends sind fatal miteinander verknüpft. Was ist dagegen zu tun? Alle Lösungen in Richtung von grösseren Zusammenschlüssen sind suspekt. Sie verwischen die Verantwortlichkeiten. Effiziente Politik beruht nicht auf dem Hin- und Herschieben von Staatsaufgaben und -ausgaben, sondern auf der Zurechnung und Übernahme von Verantwortung bei einer möglichst bürgernahen öffentlichen Kosten-Nutzen-Rechnung.

Die Rezepte wären bekannt und z. T. sogar mehrheitsfähig, wenn sich mutige Politiker fänden, die sie vertreten: konsequentere Benutzerfinanzierung, institutionalisierte Ausgabenbremsen, Finanzreferenden, Staatsquotenbremsen, Personalstopp, Steuerwettbewerb.

Unsere halbdirekte Demokratie offeriert an sich vielfältige Vetopositionen. Aber die subtile Vernetzung von Konkordanzregierung, Verwaltung und Parlament wirkt hier als institutionalisiertes Verhinderungspotenzial. Allzu häufig setzt sich eine Mehrheitskoalition gegen die Vernunft durch, bei der die einen finden, die Massnahmen gingen zu weit – und die andern, sie gingen zu wenig weit.

Robert Nef, Publizist, St.Gallen

Grün + Regenbogen = Chaos

Seit gut zwei Jahren ist Leonore Gewessler Bundesministerin für Mobilität. Vorher regierten in vier Jahren sechs verschiedene Leute in Österreichs Verkehrsministerium. Einen Magister-, einen Ingenieur- oder einen Doktortitel hatten sie alle.

In jenem Gebiet Österreichs, wo wirtschaftlich die Post abgeht, haben sie alle nichts auf die Reihe bekommen. Damit muss langsam fertig sein. Und im Rheintal müssen endlich die zwei Autobahnen sinnvoll verbunden werden.

Wollen Sie sich über den Verkehr in Österreich informieren? Dann wählen Sie besser nicht die Seite des zuständigen Ministeriums. Warum? Wer daraufklickt, erfährt als erstes, was für Funktionen Frau Ministerin in der Partei der Grünen hat. Und dass Gewesslers Kabinett, also ihr engster Mitarbeiterkreis, aus mehr Frauen als Männern besteht. Schön.

Vier Pressesprecher und -referenten werden in ihrem Umfeld beschäftigt. Diese bilden das gesamte Geschlechterspektrum ab. Regenbogen statt Strassenverkehr.

Wer weiter sucht, wird auf der Webseite des Verkehrsministeriums nicht mit Dingen wie Strasseninfrastruktur etc. «belästigt». Dafür stösst man auf die wahrlich wichtigen Dinge im Leben, nämlich auf «Gleichstellung und Miteinander», den «Girls' Day», den «Internationalen Frauentag» und allerlei «Plattformen» ähnlicher Art.

Und die verkehrspolitische Realität? Die Tiefbauabteilung des Strassenverkehrsamtes des Kantons St.Gallen hat sämtliche Planung in Bezug auf rheinquerende Verkehrsprojekte eingestellt. Der Grund? Auf der österreichischen Seite soll durch das unheilvolle Wirken der Mobilitätsministerin das nackte Planungschaos herrschen.

Aber hat Frau Gewessler das Desaster um die volkswirtschaftlich wichtige Verbindungsstrasse zwischen den Autobahnen auf der St. Galler und der Vorarlberger Seite des Rheins allein zu verantworten? Nein. Für Unvernunft braucht es keine Grünen. «Ineffizienz schaffen wir auch ohne die», scheint das Motto bei den Bürgerlichen auf beiden Seiten des Rheins zu sein. Seit Jahrzehnten, übrigens.

Der Rheintaler SVP-Nationalrat Roland Rino Büchel ist Mitglied der Aussenpolitischen Kommission und Mitglied des Europarates.